

17 DÉCEMBRE 1942

939

282

E 4001 (C) 3/2

*Le Chef du Département militaire, K. Kobelt,
aux membres du Conseil fédéral*

L. Geheim

Bern, 17. Dezember 1942

Der Herr General ersucht mich, Ihnen die beiliegende Mitteilung des Nachrichtendienstes¹ bekannt zu geben. Er führt folgendes dazu aus:

«J'ai l'honneur de m'en référer à la conférence du 23.11.42, relative à l'ajustement du plan de relève².

Lors de cette conférence, à laquelle participait une délégation du Conseil fédéral, M. le Chef du Département fédéral de l'Economie publique a développé les raisons qui, à son sens, faisaient, de notre situation économique et monétaire, un élément d'intérêt susceptible d'assurer le respect, par l'Allemagne, de notre indépendance nationale.

Les renseignements que je vous communique ci-joints, et qui émanent d'une source très sérieuse, m'apportent, hélas, une note bien différente. L'avertissement qu'ils contiennent me paraît même assez grave pour que j'estime devoir vous prier de remettre un exemplaire de ces renseignements, de ma part, à MM. les Chefs du Département politique fédéral et du Département fédéral de l'Economie publique, qui participaient à la conférence du 23.11., ainsi qu'à chacun des autres membres du Conseil fédéral.»

Es mag wohl richtig sein, dass Erwägungen, wie sie auf der ersten Seite des Berichtes zum Ausdruck gebracht werden, nicht entscheidend sein werden, wenn strategische Gründe eine Besetzung der Schweiz erfordern sollten. Solche strategische Gründe liegen aber m. E. heute nicht vor. Sie können sich vielleicht im Laufe der Zeit ergeben, wenn sich der Ring um Deutschland durch die Alliierten enger schliessen sollte.

Neben strategischen Erwägungen werden wirtschaftliche Überlegungen kaum ausser Acht gelassen werden. Diese sprechen heute m. E. eher für Belassung des heutigen Zustandes. Vielmehr ist zu befürchten, dass Forderungen nach engerer wirtschaftlicher Zusammenarbeit gestellt werden könnten.

1. *Ce rapport, non reproduit du 11 décembre 1942, a été communiqué par le Général à Kobelt le 12 décembre (cf. E 27/14334). Le 7 décembre, Kobelt avait déjà communiqué aux Conseillers fédéraux deux rapports que Guisan lui avait adressés le 5 décembre (cf. E 27/9911/1). Cf. aussi la lettre du 4 décembre de R. Masson à H. Guisan et à J. Huber, qui adresse un rapport émanant de ma centrale Hafusamann], susceptible de retenir votre attention. Comme j'ai eu l'occasion de le dire à diverses reprises, il importe, dans la situation délicate où nous nous trouvons, de tout mettre en œuvre pour donner à l'étranger l'impression que nous sommes forts et décidés, dans n'importe quelle hypothèse, à nous défendre. Sans posséder aucun indice concret susceptible de nous alerter, l'ensemble de mes informations prouve néanmoins que le «Cas suisse» se pose d'une manière ou d'une autre dans le cadre de la nouvelle situation créée par l'ouverture du front Nord-Africain, et par l'occupation totale de la France par les troupes de l'Axe (E 27/9911/1).*

2. *Cf. le procès-verbal reproduit en annexe au présent document*

Mir scheint es auch unwahrscheinlich zu sein, dass Gefühle des Neides (letzter Absatz) so schwerwiegende Entschlüsse auslösen könnten, wie sie die Ausweitung der kriegerischen Aktionen auf die Schweiz darstellen würden³.

ANNEXE

E 5795/146

Copie

PROTOKOLL DER KONFERENZ VOM 23.11.42⁴.

Vorsitz: Bundesrat Kobelt, Vorsteher des eidg. Militärdepartements.
Anwesend: Bundesrat Pilet-Golaz, Vorsteher des eidg. Politischen Departements;
 Bundesrat Stampfli, Vorsteher des eidg. Volkswirtschaftsdepartements;
 General Guisan, Oberbefehlshaber der Armee;
 Oberstkorpskommandant Huber, Chef des Generalstabes d. Armee;
 Oberstbrig. Burgunder, Departementssekretär des E.M.D.

1. Verstärkung der militärischen Bereitschaft.

Der *Vorsitzende* gibt bekannt, dass ihm am 20.11.42, kurz vor der Bundesratsitzung durch Hptm. i. Gst. Burckhardt ein Antrag des Generals⁵ übermittelt worden sei auf Erhöhung der militärischen Bereitschaft. Der Antrag sei dahin gegangen:

- a) Durch eine angemessene Verlängerung der Dienstleistung der leichten Truppen eine Einsatzgruppe leicht verschiebbarer Truppen zu schaffen.
- b) Durch Indienststellung von 8 Inf. Rgt. mit Spezialwaffen, eine Sicherung der Transversalbahnen und der Reduiteingänge zu gewährleisten.

Trotzdem der neue Ablösungsplan erst vor wenigen Wochen dem Bundesrat vorgelegen habe und im übrigen durch die weitgehende Berücksichtigung der wirtschaftlichen Interessen, zur Beruhigung und zum normalen Ablauf des Wirtschaftslebens beigetragen habe, sei der Bundesrat, gestützt auf die veränderte Lage bereit gewesen, die Ausführungen des Vorstehers des eidg. Militärdepartements zum Antrage des Generals entgegenzunehmen. Die Anträge des Generals gehen nun dahin, die im soeben genehmigten Ablösungsplan, in den Monaten Dezember, Januar und anfangs Februar entstehende Lücke, auszufüllen. Der Bundesrat habe sich nach Anhörung der Ausführung des Vorstehers des eidg. Militärdepartements mit dem vorzeitigen Aufgebot und den zusätzlichen Dienstleistungen der leichten Truppen einverstanden erklärt. Dieses Einverständnis sei dem General im Anschlusse an die Sitzung zur Kenntnis gebracht worden mit der gleichzeitigen Mitteilung, dass der Bundesrat dagegen im Bezug auf die Inf. Rgt. vorläufig noch nicht zu einem Schlusse gelangt sei. In einer Besprechung mit dem Oberbefehlshaber, zu dem die Vorsteher des eidg. Politi-

3. *Le jour même, Pilet-Golaz communique cette lettre à P. Bonna et répond à Kobelt:* Je dois vous avouer que ce rapport ne contient aucune information que nous ne possédions depuis longtemps, sous des formes diverses. Il ne donne d'ailleurs qu'un aspect de la question et laisse les autres dans l'ombre (E 2001 (D) 3/304 et E 27/14334).

Sur les relations entre le gouvernement et le Général, cf. son Exposé au Conseil fédéral sur l'activité de l'Armée en 1942, daté du 24 décembre 1942, E 5795/199.

4. *Annotation du Général H. Guisan sur la première page du document:* Protocole – Ajustement des Plans [de] relèves 43, p[ou]r les mois d'hiver. Conf[é]rence] du 13.11.42 avec Délég[ation] du C[onseil] F[édéral].

Le rédacteur de ce procès-verbal est H. Bracher. Cf. aussi E 5795/87 et 327.

5. Cf. E 27/14129 et E 4001 (C) 3/2.

schen Departements und des eidg. Volkswirtschaftsdepartements abgeordnet wurden, sollten unter Leitung des Vorstehers des eidg. Militärdepartements die Grundlagen geschaffen werden, um in der nächstfolgenden Bundesratssitzung einen Entscheid zu fällen. Zur Lage selbst sei festzustellen, dass der Bundesrat sie eher günstiger beurteile als noch vor wenigen Tagen. Dagegen sei die wirtschaftliche Lage infolge der Ereignisse der letzten Tage wesentlich schwieriger geworden. Ein Abgehen vom Ablösungsplan habe zwangsläufig seine Rückwirkungen auf das wirtschaftliche Leben und sollte deshalb nur eintreten, wenn die Umstände uns dazu zwingen. Militärpolitisch sei festzuhalten, dass die Alliierten danach trachten, sich einen kürzern Weg nach dem nahen Orient zu schaffen, und zugleich die Kräfte der Achsenmächte zu zersplittern. Ein Sprung über das Mittelmeer zum Angriff gegen den Kontinent selbst bedürfe dagegen noch sehr langer Vorbereitungen und werde nicht so rasch kommen. Für die Achsenmächte selbst würde ein Angriff, sei es über Spanien oder die Türkei wohl eher zum Ziele führen. Ein Interesse an der Zerstörung der Alpenbahnen habe gegenwärtig nur die alliierte Seite, während die Achse froh sein müsse über die noch intakten Verbindungen.

Der General äusserte sich im Anschluss zu diesen Ausführungen über die Gründe, die ihn zum Antrag bewegten und verwies neben seinem ausführlichen Schreiben vom 18.11.42 namentlich auf die beigegebene militärpolitische Beurteilung der Lage vom 19.11.42 und die Meinung einer in europäischen Fragen vertrauten und bekannten Persönlichkeit. Gegenwärtig seien 2 Transportbewegungen Deutschland-Italien feststellbar, wovon die eine über die Brenneroute und die andere über den Montcenis. Bei der zunehmenden Auffüllung Italiens mit deutschen Truppen und den dahingehenden Nachschubbedürfnissen sei es klar, dass eine Zerstörung der einen oder andern dieser Strecken unverzüglich zu grossen Schwierigkeiten führen würde und damit der Wunsch auf Mitbenützung unserer Alpenbahnen sehr stark werde. Bis Anfangs Dezember und neuerdings ab Mitte Februar seien genügend Truppen gemäss Ablösungsplan im Dienst, um zur vermehrten Sicherung der Alpenbahnen herangezogen zu werden. Von Anfang Dezember bis Mitte Februar klaffe aber eine grosse Lücke, die sicherlich auch bei den kriegführenden Parteien bekannt sei. Das Armeekommando habe sich drei Aufgaben zur Pflicht gemacht:

1. Schutz der Alpenbahnen,
2. Schutz der Flugplätze,
3. Schutz der Einfallstore.

Von diesen drei Aufgaben könnten mit den vom Bundesrat zugestandenen Mehrleistungen der leichten Truppen nur die Flugplätze geschützt werden. Für die Bewachung der Alpenbahnen würden deshalb nur HD. Bew. Kp. zur Verfügung stehen, was als ungenügend bezeichnet werden müsse. Der General erwähnt in diesem Zusammenhang auch ausdrücklich das Überraschungsmoment, das bei allen Aktionen der Achse bisher eine grosse Rolle gespielt habe. Endlich sei die feindliche Haltung der Achsenpresse und des Amtes Bohle als Indiz für die Stimmung zu werden. Die erste Bedingung wird immer eine rechtzeitige Mobilmachung sein.

Oberstkorpsskommandant Huber erklärt, dass vorerst nicht auf Einzelheiten einzutreten sei, sondern über den Grundsatz entschieden werden müsse. Es könne aber als sicher angenommen werden, dass die Achsenmächte bei einem Losbrechen des Kampfes auf der Südfront von Italien, kaum einwilligen würden, dass die ihren Plänen nicht gewogene Schweiz, unbehelligt im Rücken dieser Front bleiben werde. Viel eher sei zu erwarten, dass Deutschland versuchen werde, diesen unsicheren Faktor bald auszumerzen und nicht erst, wenn es infolge eines Angriffs der Alliierten über das Mittelmeer hinweg, sonst alle Hände voll zu tun habe. Erwiesenermassen müsse auch der Bewachung der Reduit-Eingänge alle Aufmerksamkeit geschenkt werden, da die Truppen gezwungen seien, aus dem Mittelland zu ihren Materialdepots und Korps sammelplätzen im Reduit zu gelangen. Perioden mit keinen oder zu wenig Truppen seien deshalb von jetzt weg nicht mehr zulässig.

Bundesrat Pilet-Golaz stellt vor allem fest, dass ein endgültiger Entscheid noch nicht gefällt sei. Der Bundesrat habe dagegen hinsichtlich der leichten Truppen seine Zustimmung gegeben. Militärisch müsse die Lage nicht als schlechter angesehen werden gegenüber der Zeit vor dem Einmarsch Deutschlands in Frankreich, im Gegenteil, Deutschland habe nun andere Sorgen und werde kaum Zeit finden, sich mit der Schweiz abzugeben. Allerdings habe eine Gefahr bestanden, gerade im

Augenblick der Landung der Alliierten in Nordafrika. Der Vorsteher des eidg. Politischen Departements habe sich denn auch in diesem Zeitpunkte über die Bereitschaft der Armee orientiert und festgestellt, dass nahezu 3 Divisionen unter den Waffen stunden. Beunruhigt sei er dagegen durch die weitgehende Beurlaubung der Truppe über Sonntag und die damit zusammenhängende mangelnde Bereitschaft.

Jetzt sei die Entscheidung gefallen im Sinne des geringsten Widerstandes und der vorläufigen Besetzung von ganz Frankreich. Man habe deshalb Mühe, gegenwärtig für uns überhaupt eine militärische Bedrohung festzustellen, denn Deutschland würde mit einem Angriff gegen uns alles verlieren und nichts gewinnen. Sicher sei, dass die Alliierten allfällig noch stehengebliebene Strecken unserer Alpenbahnen bei einem Einmarsch Deutschlands nachhaltig stören würden und damit für Deutschland unverzüglich die beiden heute bestehenden Transportmöglichkeiten ausfallen würden.

Es sei im übrigen unzutreffend, dass die bisher einem Einmarsch Deutschlands ausgesetzten Staaten, dies nicht vorher hätten feststellen können. Deutschland habe sowohl Belgien, Holland, Polen und Yougoslavien gegenüber keine Zweifel gelassen über die von ihnen beabsichtigten Massnahmen. Der Bundesrat gehe einig mit dem General, dass die Alpenbahnen zu bewachen und zu beschützen seien und zwar nicht nur gegen bewaffnete Angriffe der feindlichen Heeresmacht, sondern ebensosehr gegen Sabotage. Der Bundesrat sei ebenfalls einig mit dem General, dass die Flugplätze eine wirksame Bewachung erheischen. Es sei auch möglich, dass an der Grenze nicht nur Flüchtlinge, sondern auch Teile der französischen Armee sich einstellen werden, die als Dissidenten oder Partisanen der Alliierten, sich in die Schweiz in Sicherheit begeben möchten. Allen diesen Fällen gegenüber müsse man gewappnet sein. Deshalb rechtfertige es sich, die Bereitschaft bis zu einem gewissen Grade zu erhöhen. Der Bundesrat habe allein aus diesem Grunde dem Antrage des Generals hinsichtlich der leichten Truppen entsprochen, glaube aber, dass in einer neuerlichen Berechnung des Armeekommandos noch Reduktionen erreicht werden könnten, namentlich auch deshalb, weil mit viel grösserer Wahrscheinlichkeit im Frühjahr dann eine erhöhte Bereitschaft ohnehin einsetzen müsse.

Bundesrat Stampfli. Da die Abänderung des Ablösungsplanes für die Wirtschaft Unzukömmlichkeiten mit sich bringt, sollte eine derartige Massnahme nur bei dringender Notwendigkeit vorgesehen werden. Ausschlaggebend sind dabei nicht die wirtschaftlichen sondern die militärischen Rücksichten. Es darf wohl vorerst festgestellt werden, dass Deutschland uns nicht als feindliche Schweiz betrachtet; denn sonst würde es uns nicht als einziges Land mit Kohle, Eisen und wichtigen Stoffen für den Anbauplan⁶ versehen. Auf wirtschaftlichem Gebiet können wir uns bis heute nicht über eine feindliche Einstellung beklagen. Neue Wirtschaftsverhandlungen stehen allerdings bevor und werden zeigen, ob die Einstellung Deutschlands gegenüber der Schweiz noch gleich geblieben ist. Alles spricht dafür, dass der Wunsch Deutschlands mit uns wirtschaftliche Beziehungen in bisheriger Weise aufrecht zu erhalten, fortbesteht, ja sogar erwartet wird, dass unsere Materiallieferungen noch zunehmen. Deutschland zeigt auch grosses Interesse an der Schweizerwährung, die auf internationalem Gebiet einzig noch eine gewisse Freiheit geniesse. Das alles spricht doch nicht dafür, dass zur Zeit ein Überfall auf die Schweiz beabsichtigt wird.

Der Vorsitzende möchte anhand der Ausführungen der Vorsteher des eidg. Politischen Departements und des eidg. Volkswirtschaftsdepartements den Oberbefehlshaber der Armee einladen, die Frage der zusätzlichen militärischen Bereitschaft, abgesehen von den bereits erfolgten Zugeständnissen hinsichtlich der leichten Truppen, neu zu prüfen.

Der General führt aus, dass mit Rücksicht darauf, dass «le chef du Département politique fédéral déclare que la situation est rassurante mais qu'il faut s'attendre à tout» (einer Anschauung, der er selbst allerdings nicht beipflichten könne), er bereit sei, die Frage der zusätzlichen Bereitschaft, abgesehen von den erfolgten Zugeständnissen hinsichtlich der leichten Truppen neu zu prüfen. Er möchte aber feststellen, dass der Bundesrat mit ihm einig sei, wonach vor allem die Alpenbahnen eines vermehrten Schutzes bedürfen. Dieser Schutz sei umso notwendiger, als mittlerweile eine Anzahl Objekte geladen worden seien. Neben der Bewachung müsse aber noch die Ausbildung der

6. *Plan d'extension des cultures, dirigé par F.T. Wahlen.*

aufgebotenen Truppe mitberücksichtigt werden. Bei einer überschlägigen Berechnung komme man deshalb dazu, für die Bewachung der Alpenbahnen und weitere dringende Aufgaben, wie sie beispielsweise vom Vorsteher des eidg. Politischen Departements verlangt werden, neben den L. Br. mindestens 4 Rgt. zugleich unter den Waffen zu behalten. Der General ist bereit, in diesem Sinne seine Berechnungen anzustellen.

Der Vorsitzende stellt die Bereitschaft des Oberbefehlshabers zur neuerlichen Überprüfung fest und stellt in Aussicht, dass der Bundesrat in seiner nächsten Sitzung beschliessen werde.

Bundesrat Pilet-Golaz wünscht im Anschluss an diese Aussprache eine engere Verbindung zwischen ihm und dem Oberbefehlshaber⁷ und weist auch darauf hin, dass die Bereitschaft in den Stäben in der letzten Zeit nicht immer gesichert war. Er selbst wird den General über allfällig auftretende Spannungen rechtzeitig in Kenntnis setzen.

Im Anschluss daran findet eine kurze Aussprache statt über die hängigen Fragen betreffend Militärattachés. Bundesrat Pilet-Golaz gibt Aufschluss über die Gründe, die zur Ablehnung von Hptm. 1. Gst. Burckhardt durch die Vereinigten Staaten von Amerika führten⁸. Offensichtlich betrifft diese Ablehnung nur die Person von Hptm. Burckhardt und nicht das vorgesehene Amt.

Da sich zwischen den im Jahre 1938 ausgegebenen Instruktionen über die Tätigkeit der Militärattachés und dem Wortlaut des Protokollauszuges der Bundesratssitzung vom 7.7.42⁹ Unklarheiten ergeben, erklärt der Vorsteher des eidg. Politischen Departements folgendes: Das Verlangen nach Vorlage aller Meldungen des Militärattachés und der dabei gebrauchte Ausdruck «Kontrolle» bezieht sich lediglich auf die Zweckmässigkeit und die Übermittlung der entsprechenden Meldungen, nicht aber auf deren Inhalt, in den sich die politischen Stellen, soweit es sich um ausschliesslich militärische Nachrichten handelt, nicht einmischen.

Der General ersucht darum, dass ihm diese Auslegung des betreffenden Bundesratsbeschlusses noch besonders notifiziert werde. Er wurde nicht angehört in dieser Sache¹⁰.

7. *Guisan a souligné la première partie de la phrase et a écrit dans la marge: J'ai proposé que le S[ervice de] R[enseignements] lui détache comme Off[icier de] li[aison] à périodes fixes le major Daniel.*

8. Cf. E 27/9751 et E 2001 (D) 3/291.

9. Cf. E 5795/337 et le PVCF N° 1147 du 7 juillet 1942: le Conseil fédéral décide de créer des postes d'attachés militaires à Ankara et Washington.

10. *A la suite de cette conférence, Guisan reste peu convaincu par les arguments du Conseil fédéral. Il écrit le 27 novembre 1942 une lettre au Chef du DMF afin de préciser sa position et ajoute: Cette mise au point ne répond pas à un simple souci de forme. Elle soulève, au contraire, une question de principe: s'il appartient au Conseil fédéral d'examiner avec le Général comment doit être comprise, en telle ou telle circonstance particulière, la mission générale qu'il tient des instructions du Conseil fédéral du 30.8.39, il est de la compétence exclusive du Général d'apprécier et de décider par quels moyens cette mission – précisée, s'il est nécessaire – doit être accomplie (E 27/14129).*

Sur les instructions de 1939, cf. DDS, vol. 13, Nos 139 et 140.

Sur les relations entre l'Armée et le Gouvernement, cf. aussi l'Appréciation de la situation du 6 janvier 1943 adressée par le Général au Conseil fédéral, E 1005/4/1937-1949; la réponse du 12 janvier 1943 du Conseil fédéral au rapport du Général du 24 décembre 1942 (cité ci-dessus en note 3), E 4001 (C) 3/2, E 5795/151 (annotée par Guisan), E 5795/88 (annotée par B. Barbey), J I. 17/3; la duplique de Guisan du 19 janvier et la réponse du Conseil fédéral du 22 janvier qui provoque une nouvelle réponse de Guisan du 22 janvier 1943, E 1005/4/1937-1949). Enfin, lors de sa séance du 29 janvier, le Conseil fédéral décide de ne plus répondre par écrit au Général et de charger le Chef du DMF de rencontrer Guisan afin de discuter des différents problèmes posés par la défense nationale, notamment en cas de violations de l'espace aérien. Cf. la notice sur cette conférence du 1^{er} février 1943, E 5795/147.

Sur la situation militaire au début de 1943, cf. aussi le PVCF N° 286 du 12 février 1943, E 1004.1 1/430 et le rapport du 16 février 1943 sur La situation militaire internationale et la Suisse, E 27/9692 et E 27/9911/1.